



12. Juni 2025

Werkzeug trifft Politik: Unser Input

Im Fachverband Werkzeugindustrie e.V. (FWI) sind überwiegend mittelständische Unternehmen organisiert, die sich mit ihren hoch spezialisierten Produkten auf differenzierten Märkten behaupten. Die Branche hat eine lange Tradition, in der Jahrzehntelange Entwicklung auf Innovationskraft trifft. Viele FWI-Mitglieder zählen heute zur Weltspitze – ein Erfolg, der auf technologische Kompetenz, Teamgeist und unternehmerisches Engagement zurückgeht.

Mit ihren 10 Mrd. Euro Umsatz trägt die Branche maßgeblich zur deutschen Industriegesellschaft bei – von Vorprodukten bis zur Abnahme und Endanwendung der Werkzeuge in allen relevanten Industriebereichen der deutschen Volkswirtschaft. Die Werkzeugindustrie steht in enger Wechselwirkung mit anderen Industriezweigen und sichert so Arbeitsplätze und Wohlstand. Ihre Erhaltung erfordert dabei stabile politische Rahmenbedingungen. Qualitätswerkzeuge „made in Germany“ sind dazu essenziell für die Kreislaufwirtschaft, insbesondere bei Wiederverwendung und Reparatur von Konsum- und Industriegütern.

Die anhaltende Rezession, der Ukraine-Krieg und protektionistische Tendenzen der USA verunsichern die Wirtschaft. Investitionen werden zurückgestellt, **der Standort Deutschland steht zunehmend infrage**. Erforderlich ist daher eine **aktive europäische und nationale Politik**: Die EU muss Unternehmen gegen US-Zölle verteidigen und Belastungen für Unternehmen reduzieren. National erwarten wir entschlossene Maßnahmen gegen Bürokratie und für bezahlbare Energie.

+ Internationale Handelsfreiheit – Zölle verhindern

Für die exportorientierte deutsche Werkzeugindustrie ist freier und fairer Handel essenziell. Handel fördert Wachstum und Beschäftigung. Protektionismus – wie etwa im Zuge der aktuellen Handelspolitik der USA – schadet allen Beteiligten. Die EU-Kommission muss daher geschlossen und entschlossen handeln, um Schäden durch US-Zölle zu begrenzen. **Eine Verhandlungslösung ist anzustreben.**

Auch im weiterhin nicht abschließend geklärten Airbus/Boeing-Konflikt gilt: EU und Bundesregierung müssen Strafzölle weiterhin verhindern, um Wettbewerbsnachteile für unsere Industrie zu vermeiden.

+ Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM)

Der FWI unterstützt den CBAM zum Schutz der heimischen Industrie. Effektiv ist er allerdings nur, wenn er die gesamte Wertschöpfungskette abdeckt und alle emissionsrelevanten Güter einbezieht.

Die geplante Nicht-Einbeziehung für Handwerkzeuge, Zubehör für Elektrowerkzeuge und Messwerkzeuge verzerrt den Wettbewerb, da Importeure aus Drittstaaten keine CO2-Kosten tragen. Für faire Wettbewerbsbedingungen und Klimastandards muss die Werkzeugbranche in den CBAM aufgenommen werden.

Wir begrüßen die im Koalitionsvertrag angekündigte Einführung eines fairen, unbürokratischen CBAM sowie die Vereinfachungsvorschläge der EU-Kommission. Kritisch sehen wir jedoch die geplante Ausnahmeregelung für Importmengen unter 50 t jährlich – sie schafft potenzielle Schlupflöcher und schwächt das System.

+ Bürokratie

Die stetig zunehmenden Berichtspflichten erzeugen **enormen Aufwand oftmals ohne erkennbaren praktischen Nutzen**.

Der bürokratische Aufwand für FWI-Mitglieder hat sich in den letzten Jahren nahezu verdoppelt. Viele Unternehmen fallen zwar nominell nicht unter das deutsche Lieferkettengesetz und die EU-Lieferkettenrichtlinie, allerdings wird die Berichtspflicht gleichwohl durch die von uns belieferten Kunden weitergegeben. Eine Berichtskette entsteht, deren Anfang vielfach unsere Unternehmen bilden müssen.

Ähnlich komplex wirkt die Umsetzung der CSRD-Richtlinie. Wir erkennen die Notwendigkeit nachhaltiger Produktion an, zweifeln jedoch an der Wirksamkeit jährlich auszufüllender detaillierter Templates. Die kürzlich beschlossene Verschiebung und vereinfachte Anforderungen begrüßen wir.

Ein pragmatischer Ausweg wäre mehr Pauschalregelungen, die Zielerreichung erlauben, aber den Aufwand reduzieren. Sinnvoll wäre auch eine automatische Revisionspflicht, um Fehlentwicklungen wie beim Lieferkettengesetz rasch zu korrigieren.

Insgesamt unterstützen wir den politischen Willen zum Bürokratieabbau. Wir verweisen dazu nachdrücklich auch auf die vorliegenden Vorschläge aus der Verbändeabfrage aus dem Jahr 2023, die nach wie vor eine gute Grundlage für wirksame Entlastungen bietet.¹

+ Energiepreise

Wir begrüßen die von der neuen Regierung im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, mit einer Gesamt-Entlastung von mindestens 5 ct/kWh für Unternehmen und Verbraucher.

¹ Verbändeabfrage zum Bürokratieabbau: Ergebnisdokumentation über die kategorisierten und priorisierten Einzelvorschläge des Statistischen Bundesamts, April 2023 (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Buerokratiekosten/Publikationen/Downloads-Buerokratiekosten/verbaendeabfrage.pdf?blob=publicationFile>)

Dennoch belasten hohe Energiepreise weiterhin die Wirtschaft. FWI-Unternehmen haben kaum von der Strompreisbremse im Jahr 2023 profitiert, da sie nicht als energieintensiv gelten. Die Stromsteuersenkung bringt zwar Entlastung, gleicht aber internationale Preisunterschiede nicht aus.

Nach Stabilisierung der Preise drohen neue Belastungen durch den Netzausbau. Eine unkontrollierte Kostenumlage ist für die Werkzeugindustrie nicht tragbar. Es braucht wirtschaftsfreundliche Maßnahmen zur dauerhaften Senkung der Stromkosten. Eine Verdoppelung der Energiekosten verteuert z. B. einen Schraubendreher um 14 %. Das kann über Gewinn oder Verlust entscheiden – und gefährdet die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Werkzeugen „made in Germany“.

Energiepreise sind zentral für Investitionsentscheidungen. Preisunsicherheit schwächt den Standort Deutschland gegenüber internationalen Alternativen. **Wir fordern daher eine dauerhafte und kostendämpfende Regulierung der Netzentgelte für industrielle Verbraucher.**

Für weitere Informationen wenden Sie sich gerne an:

Christoph Köppchen
Leiter Public Affairs
Email: christoph.koeppchen@werkzeug.org
Tel.: 02191 43834